

Dr. sc. Erich SIEGERT
Docent
Karl Marx Universität, Sektion Rechtswissenschaft
/DDR, Leipzig/

AKTUELLE RECHTLICHE FRAGEN

DER GESTALTUNG DER GENOSSENSCHAFTLICHEN LEITUNG UND DER VERTRETUNG IM RECHTSVERKEHR UNTER DEN BEDINGUNGEN DES ÜBER- GANGS ZU INDUSTRIEMÄSSIGER PRODUKTION IN DER LANDWIRTSCHAFT

In der Landwirtschaft der DDR hat sich im Ergebnis des schrittweisen Übergangs zu industriemässiger Produktion, quantitativ zunächst vorrangig auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion, auf dem Wege der Kooperation in den letzten Jahren eine wesentliche Veränderung in der Betriebsstruktur und den betrieblichen Größenordnungen vollzogen.

Die gegenwärtige Betriebsstruktur ist wie folgt zu kennzeichnen: Auf dem Gebiet der Pflanzenproduktion bestehen 936 LPG /Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften/ Pflanzenproduktion, 62 VEG /Volkseigene Güter/ Pflanzenproduktion, 161 KAP /Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion/ und 217 GPG /Gärtnerische Produktionsgenossenschaften/. Auf dem Gebiet der Tierproduktion bestehen 2887 LPG /Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften/ Tierproduktion, 333 VEG /Volkseigene Güter/ Tierproduktion, 318 ZGE/ZBE /Zwischengenossenschaftliche bzw. Zwischenbetriebliche Einrichtungen/ der Tierproduktion und 32 KIM /Kombinate für industriemässige Tierproduktion/ /1/. Die genannten Betriebe der Pflanzen- und der Tierproduktion verwirklichen ihre Produktionsaufgaben im engen Zusammenwirken mit den KfL /Kreisbetrieben für Landtechnik/, LTA /Volkseigene Betriebe des Landtechnischen Anlagenbaus/ und LTI /Volkseigene Betriebe der Landtechnischen Instandsetzung/, den DCZ /Agrochemische Zentren/, Meliorationsbetrieben /Meliorationsgenossenschaften und volkseigene Meliorationsbaubetriebe/, Trocknungsbetrieben,

Pelletierbetrieben und anderen zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen und Betrieben.

Im Ergebnis dieses Prozesses haben sich Betriebe der Pflanzenproduktion in einer Größenordnung von durchschnittlich 5000 ha LN /landwirtschaftliche Nutzfläche/ und 450 bis 500 Beschäftigten /Genossenschaftsmitglieder bzw. Arbeiter/ Angestellte/ herausgebildet. In der Tierproduktion steht der Konzentrationsprozess noch am Anfang; hier beträgt die durchschnittliche Konzentration an Tieren je Betrieb 1500 GV /Großvieh-Einheiten; 1 GV = 1 Tier mit 500 kg Lebendmasse, z.B. 1 Milchkuh/.

Unter den Bedingungen der Konzentration, wie sie in den Betrieben der Pflanzenproduktion bereits erreicht ist und sich in den Betrieben der Tierproduktion - wenn auch in einem längerfristigen Prozess - herausbilden wird, ergeben sich neue Erfordernissen an die rechtliche Ausgestaltung der genossenschaftlichen Leistungsverhältnisse, wenngleich diese auch künftig auf Grund der bestehenden genossenschaftlichen Eigentumsverhältnisse durch die spezifischen Merkmale der genossenschaftlichen Demokratie bestimmt sind und sich deshalb deutlich von der rechtlichen Gestaltung der Leistungsverhältnisse in den volkseigenen Betrieben unterscheiden.

Die neuen, weiterentwickelten materiellen Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion erfordern, das Wesen, den Inhalt und die Formen der genossenschaftlichen Demokratie neu zu bestimmen. Dem tragen in der DDR die rechtlichen Regelungen in den Musterstatuten und Musterbetriebsordnungen für LPG Pflanzenproduktion bzw. LPG Tierproduktion vom 28. Juli 1977 /2/ unter anderem in folgender Weise Rechnung.

1. Zusammensetzung, Zuständigkeit und Arbeitsweise der Vollversammlung

Eine wesentliche Weiterentwicklung hat die Zusammensetzung und Zuständigkeit der Vollversammlung der LPG erfahren.

Infolge der Beteiligung von genossenschaftlichen und volkseigenen Betrieben an den kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion ist in den daraus weiterentwickelten LPG Pflanzenproduktion heute auch eine größere Anzahl von Arbeitern Beschäftigt. Sie stehen in einem Arbeitsrechtsverhältnis anstatt in einem Mitgliedschaftsverhältnis zur LPG. Um ihre gleichberechtigte demokratische Mitwirkung an den die Genossenschaft und damit auch ihre eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen betreffenden Entscheidungen zu ermöglichen, wurde die Zusammensetzung der Vollversammlung der LPG als deren höchstes Organ neu bestimmt. Nunmehr bilden sowohl die Genossenschaftsmitglieder als auch die in einem Arbeitsrechtsverhältnis zur LPG stehenden Werktätigen zusammen die Vollversammlung der LPG. Hinsichtlich der durch die Vollversammlung zu treffenden Entscheidungen haben damit die in einem Arbeitsrechtsverhältnis zur LPG stehenden Verktätigen die gleiche rechtliche Stellung wie die Genossenschaftsmitglieder.

Sie haben diese Stellung - im Unterschied zu den Genossenschaftsmitgliedern - nicht als sozialökonomische Träger des kollektiven genossenschaftlichen Eigentums, sondern Kraft ihres Arbeitsrechtsverhältnisses zur LPG. Darin kommt zum Ausdruck, dass in der LPG grundsätzlich alle diejenigen die die Genossenschaft betreffenden Fragen kollektiv beraten und mitentscheiden, die die Produktionsprozesse durchführen. Das bedeutet, dass sich die Arbeiter und Angestellten in der LPG, obwohl sie sozialökonomisch gesamtgesellschaftliche Eigentümer sind, zu den genossenschaftseigenen Produktionsbedingungen verhalten wie zu eigenen. Seine theoretische Rechtfertigung findet dies nicht zuletzt darin, dass in den

LPG neben dem genossenschaftlich-sozialistischen Eigentum zunehmend auch Volkseigentum- und zwar direkt in Form von Produktionsmitteln als auch indirekt über Kredite vom sozialistischen Staat - genutzt wird.

Ausgehend von der Grösse der Kollektive und dem territorialen Einzugsbereich der LPG, der in den Betrieben der Pflanzenproduktion regelmässig, in den Betrieben der Tierproduktion teilweise mehrere Orte umfasst, wurde auch der Kreis der Zuständigkeit der Vollversammlung neu bestimmt. Es erfolgte eine stärkere Konzentration auf Grundfragen, so dass hinsichtlich der operativen Durchführung der Wirtschaftstätigkeit der LPG deren Vorstand als ausführendem Organ der Vollversammlung eine grössere Selbständigkeit und zugleich höhere Verantwortung auferlegt wird. Dennoch wurde die ausschliessliche Zuständigkeit der Vollversammlung in der Einheit von Fragen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung der LPG und der wirtschaftlichen Tätigkeit der LPG beibehalten. Und natürlich können sich die Entscheidungen der Vorstandes nur im Rahmen des von der Vollversammlung beschlossenen und vom Rat des Kreises bestätigten Betriebsplan der LPG bewegen.

Damit im Zusammenhang wurde auch möglich, dem praktischen Bedürfnis nach Verringerung der Anzahl der Vollversammlungen im Jahr Rechnung zu tragen: Während in den vorhergehenden Statuten die Durchführung monatlicher Vollversammlungen gefordert war, ist nunmehr die Festlegung getroffen worden, dass Vollversammlungen mindestens 4 mal im Jahr /d.h. im Prinzip vierteljährlich/ durchzuführen sind.

Schliesslich mussten auch für die Arbeitsweise der Vollversammlung den neuen Bedingungen entsprechende praktikablere Lösungen gefunden werden. Insbesondere musste berücksichtigt werden, dass auch unter den Bedingungen der durchgehenden Mehrschichtarbeit die Funktion der Vollversammlung als höchstes Organ der LPG damit verknüpft sein muss, dass sie a l l e n Genossenschaftsmitgliedern und Arbeitern zugänglich bleibt. Dem-

entsprechend wurde die Möglichkeit vorgesehen, dass die Vollversammlung auch in Form von Schichtversammlungen durchgeführt werden darf, so dass die Beratung und Beschlussfassung in diesen Fällen auf der Grundlage einer einheitlichen Tagesordnung in mehreren Versammlungen, die zeitlich auseinanderfallen, erfolgt. Ebenso wurde die Möglichkeit eingeräumt, für Kollektive, die aus sonstigen Gründen an der Teilnahme verhindert waren, in einer gesonderten Versammlung dieser Kollektive die Beratung und Beschlussfassung nachzuholen.

Für LPG mit einer grossen Zahl von Genossenschaftsmitgliedern und Arbeitern wurde darüber hinaus die Möglichkeit eingeräumt, die Vollversammlungen zwischen der Halbjahresversammlung und der Jahreshauptversammlung als Delegiertenversammlung durchzuführen. Dabei wurde der Kreis der von der Delegiertenversammlung zu treffenden Entscheidungen im Vergleich zu den Entscheidungen, die zur ausschliesslichen Zuständigkeit der Vollversammlung gehören und deshalb weder von LPG-Vorstand noch von anderen genossenschaftlichen Organen getroffen werden können, eingeschränkt. So kann die Delegiertenversammlung insbesondere keine wirksame Änderung des Statuts oder der Betriebsordnung der LPG, keine Änderung der Beschlüsse zur perspektivischen Entwicklung der LPG oder zum jährlichen Betriebsplan herbeiführen; sie kann kein gewähltes Mitglied des Vorstandes oder der Revisionskommission vorzeitig abberufen und keinen Ausschluss eines Mitgliedes aus der LPG vornehmen.

2. Verstärkung der Rolle der Demokratie in den Produktionskollektiven

Der Neubestimmung der Fragen, für die die Vollversammlung ausschliesslich zuständig ist, im Sinne ihrer stärkeren Konzentration auf Grundfragen entspricht als Pendant die Verstärkung der Rolle der Demokratie in den Produktionskollektiven.

Das heisst, eine Reihe von Fragen, die in der Vergangenheit im Rahmen der Vollversammlung beraten wurde, muss unter den neuen Bedingungen in die Produktionskollektive verlagert werden. Damit wächst aber, wenn die stärkere Konzentration der Vollversammlung auf Grundfragen nicht zu einem Rückgang in der aktiven, schöpferischen Mitwirkung der unmittelbar in den Produktionskollektiven tätigen Genossenschaftsmitglieder und Arbeiter führen soll, die Bedeutung der regelmässigen Durchführung von Beratungen der Produktionskollektiven auf Brigade- oder Abteilungsebene monatliche Versammlungen durchzuführen sind, auf denen über den Stand der Planerfüllung und des sozialistischen Wettbewerbs zu informieren sowie über die bevorstehenden zu lösenden Aufgaben, über Massnahmen zur Verbesserung der sozialistischen Arbeitsdisziplin, zur Erhöhung von Ordnung und Sicherheit usw. zu beraten ist.

Der stärkeren Führung dieser Demokratie in den Produktionskollektiven durch dessen aktiven Kern dient ausser die nach dem Vorbild des sowjetischen Kolchosstatuts vorgesehene Bildung von Brigaderäten. Sie stehen dem Brigadeführer beratend zur Seite und wirken als Motor bei der Entfaltung von Initiativen im Wettbewerb um eine allseitige Planerfüllung sowie um ein hohes Niveau von Ordnung, Disziplin, Sicherheit und Gesetzlichkeit in dem jeweiligen Produktionskollektiv. Gegenwärtig bestehen in etwa 25 % der LPG Pflanzenproduktion solche Brigaderäte.

3. Kommissionen des LPG-Vorstandes als weitere Mitwirkungsform

Eine wichtige Form der Mitwirkung der Genossenschaftsmitglieder und Arbeiter aus den Produktionskollektiven an der Leitung der LPG stellen desweiteren die beim LPG-Vorstand bestehenden Kommissionen dar. Das Musterstatut sieht - neben der bei der Vollversammlung bestehenden Revisionskommission -

9 weitere Kommissionen beim LPG-Vorstand vor: die Kommission für Kaderentwicklung, Aus- und Weiterbildung; die Kommission für Arbeitsökonomik; die Wettbewerbskommission; die Neuerer-kommission; die Kommission für Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz; die Kommission für Ordnung und Sicherheit; die Kultur- und Sozialkommission; den Frauenausschuss; das Solidaritätsaktiv. In jeder Kommission sind zwischen 8 bis 15 Genossenschaftsmitglieder und Arbeiter tätig. Dabei hat sich bewährt, dass möglichst aus jeder Brigade bzw. Abteilung ein Vertreter in jeder Kommission tätig ist. Auf diese Weise wird erreicht, dass über diesen Vertreter alle Kollektive im Rahmen der Kommissionssarbeit sowohl an der Leitungstätigkeit des Vorstandes als auch an der Vorbereitung von Beschluss-vorlagen für die Vollversammlung aktiv mitwirken.

4. Zusammenwirken von genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Demokratie

Obwohl die in der LPG tätigen Arbeiter und Angestellten im im Rahmen der Vollversammlung, in den Abteilungs- bzw. Brigaderversammlungen, im Vorstand und in den Kommissionen an der Beratung und Beschlussfassung zu den die genossenschaftliche Tätigkeit und Entwicklung betreffenden Fragen gleichberechtigt mit den Genossenschaftsmitgliedern teilnehmen, bleibt die Spezifik der gewerkschaftlichen Demokratie für diesen Personenkreis auch unter den Bedingungen der Tätigkeit dieses Personenkreises in einer LPG tätigen Arbeiter und Angestellten primär die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuchs gelten. Damit im Zusammenhang kommen auch die Formen der gewerkschaftlichen Mitwirkung im genossenschaftlichen Leitungsprozess zur Anwendung. Bei diesen Mitwirkungsformen handelt es sich insbesondere um folgende: Abschluss von Vereinbarungen zwischen der betrieblichen Gewerkschaftsleitung und dem Betrieb; erforderliche Zustimmung der betrieblichen Gewerkschaftsleitung und dem Betrieb; erforderliche Zustimmung der betrieblichen Gewerkschaftsleitung

als Wirksamkeitsvoraussetzung für bestimmte betriebliche normative Regelungen; das Recht der betrieblichen Gewerkschaftsleitung, Informationen und Rechenschaft von der Betriebsleitung zu fordern, zu vorgesehenen Entscheidungen Stellung zu nehmen und Vorschläge zu unterbreiten und die Kontrolle über die Wahrung der Rechte der Werktätigen auszuüben. Darüber, wie dies unter den konkreten Bedingungen der jeweiligen LPG zu verwirklichen ist, hat der Vorstand der LPG tätigen Arbeiter und Angestellten eine Vereinbarung abzuschliessen.

5. Vertretung der LPG im Rechtsverkehr

Neue Anforderungen ergeben sich schliesslich auch hinsichtlich der rechtlichen Gestaltung der Vertretung der LPG im Rechtsverkehr. Insbesondere muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die für die LPG zu tätigen Rechtsgeschäfte wertmässig an Umfang bedeutend zunehmen. Das hat Konsequenzen in mindestens zwei Richtungen: Einerseits bedarf die Befugnis des LPG-Vorsitzenden zur Alleinvertretung der LPG einer Heraufsetzung der gegenwärtig bei Rechtsgeschäften mit einem Wert bis 500 M liegenden Grenze, wobei die Ausübung dieser Befugnis auch künftig an den bestätigten Betriebsplan der LPG zu binden ist. Andererseits bedarf es der Beibehaltung der Kollektivvertretung der LPG /Vertretung durch den Vorsitzenden zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied/ einer zusätzlichen Kontrolle aller Verfügungen über die genossenschaftlichen Mittel bzw. staatlichen Kredite. Dem entspricht die in den Musterstatuten getroffene Festlegung, dass Verträge der LPG sowie alle anderen Festlegungen, die zu finanziellen Verpflichtungen der LPG führen, zwecks Kontrolle der Finanzdisziplin durch den Hauptbuchhalter der LPG gegenzuzeichnen und alle Zahlungsanweisungen von ihm mitzuunterzeichnen sind. Wenngleich die Unterschrift des Hauptbuchhalters ihrem Inhalt nach keine Verfügungen über das genossenschaftliche Vermögen darstellen - dieses Recht steht dem Hauptbuchhalter

nicht zu und er handelt folglich bei der Unterzeichnung der genannten Dokumente auch nicht als gesetzlicher Vertreter der LPG - ist diese Regelung doch von grundsätzlicher Bedeutung für den wirksamen rechtlichen Schutz des *genossenschaftlich-sozialistischen* Vermögens der LPG unter den neuen Bedingungen.

+

Damit sind nur einige, aber m.E. Wesentliche Aspekte der sich abzeichnenden neuen Erfordernisse bezüglich der rechtlichen Gestaltung der Leitungsverhältnisse der LPG unter den Bedingungen des Übergangs zu industriemässigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft angesprochen.

Fussnoten

- /1/ Vgl. G. Grüneberg, Die schöpferische Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplans in der Landwirtschaft der DDR, "Einheit" Heft 9/10 - 1979, S. 944
- /2/ Vgl. Beschluss vom 28. Juli 1977 über die Musterstatuten und Musterbetriebsordnungen der LPG Pflanzenproduktion und der LPG Tierproduktion /GBl. I. Nr. 26 S. 317/; Anlagen zu diesem Beschluss /Musterstatut und Musterbetriebsordnung der LPG Pflanzenproduktion, Musterstatut und Musterbetriebsordnung der LPG Tierproduktion/ in: Gesetzblatt-Sonderdruck Nr. 937